

## Liechtenstein

Die Regierungsmehrheit knüpfte damit an die Position an, die sie in der Diskussion um die Proporzwahlinitiative der Volkspartei im Jahre 1930 vertreten hatte. Sie hatte das Proporzwahlrecht mit der Begründung abgelehnt, dass es die Parteibildung fördere. Genau diese aber sei schädlich, wie die Parteienkämpfe und -zersplitterung in vielen Staaten Europas zeigten. Auch entfielen für Liechtenstein alle Gründe, die eventuell ein Proporzwahlrecht rechtfertigen könnten.

Die Volkspartei kämpfte mit allen Mitteln gegen dieses Gesetz, das ihre Wahlchancen dauerhaft zu minimieren drohte, denn ihre Wahlchancen hingen eng mit der Existenz des Wahlkreises Oberland zusammen. Die Wahlrechtsänderung begünstigte die Bürgerpartei und war geeignet, deren Mehrheit auf unabsehbare Zeit zu «zementieren» und die Volkspartei zur Splitterpartei herabsinken zu lassen.

Dieses Wahlrecht, das die Bürgerpartei als Sieg der Überparteilichkeit darstellte, zwang die Volkspartei, sich nun auf das Proporzwahlrecht festzulegen, da nur dieses eine klare Alternative zum bestehenden Wahlrecht darstellte. Erst die *Wahlrechtsänderung von 1932* schuf also den institutionellen Konflikt, der 1938 in der «innerpolitischen Befriedung» beigelegt worden ist.

Eine weitere Verschärfung der Auseinandersetzung bedeutete die Gründung des Liechtensteiner Heimatdienstes (LHD) im Oktober 1933. Grundsätzlich waren hier Bürgerpartei und Volkspartei herausgefordert, aber Friedensangebote der Volkspartei an die Bürgerpartei waren anscheinend mit zu hohen Forderungen verbunden. Zur Annäherung von Volkspartei und LHD kam es im Zusammenhang mit einer gemeinsam lancierten *erneuten Proporzinitiative* im Jahre 1935, die wiederum scheiterte. Deren Ergebnis bestätigte jedoch, dass es für Volkspartei und Liechtensteiner Heimatdienst vorteilhaft sein würde, wenn sie ihre Kräfte bündelten. Die Gründung der Vaterländischen Union erfolgte rechtzeitig vor den Landtagswahlen 1936, aber wie zu erwarten, errang sie nur vier Mandate – dies aber auf der Grundlage von knapp 48 % der Wählerstimmen.

Alle Auseinandersetzungen spielten sich vor allem in den Parteizeitungen ab, die den jeweiligen Parteistandpunkt heftig verfochten und gegeneinander Stimmung machten. Auch im Zusammenhang mit der strafrechtlichen Verfolgung des Sparkassenskandals wurden lange Zeit die Leidenschaften geschürt.

In diesem Klima wurden die Bürger fast zwangsläufig auf eine der beiden Seiten gedrängt, wenn sie sich nicht voller Abscheu von der Politik über-